

---

## Öffentliches Protokoll

### Sitzung des Rates der Stadt Wedel

---

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 05.11.2020  
**Sitzungsbeginn:** 19:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:55 Uhr  
**Ort, Raum:** Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

---

#### Anwesend

##### Vorsitz

Michael Schernikau CDU

##### Mitglieder

Kay Burmester CDU

Julian Fresch CDU

Christian Fuchs CDU

Jörg Keller CDU

Michael C. Kissig CDU

Peter Kramer CDU

Jan Lüchau CDU

Stephan Schwartz CDU

Herbert Thomascheski CDU

Lothar Barop SPD

Rüdiger Fölske SPD

Sophia Jacobs-Emeis SPD

Heidi Keck SPD

Wolfgang Rüdiger SPD

Claudia Wittburg SPD

Aysen Ciker Bündnis 90 / Die Grünen

Rainer Hagedorf Bündnis 90 / Die Grünen

Petra Kärgel Bündnis 90 / Die Grünen

Dr. Ralf Sonntag Bündnis 90 / Die Grünen

Dagmar Süß Bündnis 90 / Die Grünen

Willibald Ulbrich Bündnis 90 / Die Grünen

Olaf Wuttke Bündnis 90 / Die Grünen

Renate Koschorrek FDP

Nina Schilling FDP

Martin Schumacher FDP

Andrea Spangenberg FDP

Angela Drewes WSI

Andreas Schnieber WSI

Patrick Eichberger DIE LINKE

Bastian Sue DIE LINKE

Dr. Detlef Murphy DIE LINKE

Dennis Lobeck Fraktionslos

Gabriele Ulm	Fraktionslos
<u>Jugendbeirat</u>	
Vivian Müller	Jugendbeirat
<u>Verwaltung</u>	
Jörg Amelung	
Rolf Jagemann	
Niklas Viehmann	Protokollführung
Ralf Waßmann	

**Abwesend**Mitglieder

Christoph Matthiessen	CDU	entschuldigt
Meltem Adal	SPD	entschuldigt
Gudrun Nagel	WSI	entschuldigt
René Penz	WSI	entschuldigt
<u>Umweltbeirat</u>		
Bianka Sievers	Umweltbeirat	entschuldigt
<u>Seniorenbeirat</u>		
Bruno Helms	Seniorenbeirat	entschuldigt
<u>Verwaltung</u>		
Niels Schmidt	Bürgermeister	entschuldigt
Volkmar Scholz		entschuldigt
Gisela Sinz		entschuldigt

**Gäste:**

5 Einwohner\*innen

2 Vertreter der örtlichen Presse

Der Stadtpräsident Herr Schernikau begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums durch Anwesenheit von 34 Ratsmitgliedern fest und eröffnet die Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert er die Ratsmitglieder über den Rücktritt von Herrn Peter Kramer aus dem Rat und dem Haupt- und Finanzausschuss. Als Nachfolgerin rückt Frau Heidemargret Garling in den Rat der Stadt Wedel nach.

Herr Schernikau verpflichtet Frau Garling zur gewissenhaften Ausübung ihrer Obliegenheiten und zur Verschwiegenheit und führt sie in ihr Amt ein.

Herr Schernikau schlägt vor, die mit der Einladung verschickte Tagesordnung insoweit zu reduzieren, dass nur die Einwohnerfragestunde sowie die Beschlussvorlagen heute Gegenstand der Sitzung sind. Dadurch soll vor dem Hintergrund der aktuell vorherrschenden Corona-Situation und der damit verbundenen Regelungen und Empfehlungen zur Kontaktbeschränkung der Bundes- und Landesregierung die Sitzungsdauer möglichst kurzgehalten werden. Im Ältestenrat und per Email wurde darüber bereits vorab informiert.

Frau Jacobs-Emeis stellt ebenfalls einen Antrag zur Reduzierung der Tagesordnung. Dabei sollen nur die Tagesordnungspunkte behandelt werden, für die Beschlüsse notwendig sind. Der Antrag der SPD soll dabei auf der Tagesordnung verbleiben und die Beschlussvorlage

zur Aktualisierung des Vorbehaltsnetzes soll gestrichen werden, da dafür keine Eilbedürftigkeit vorliege.

Herr Kissig gibt den Hinweis, dass der SPD -Antrag sich auch auf der Tagesordnung für den kommenden Haupt- und Finanzausschuss befinde und dieser dort zuerst gestellt wurde. Er beantragt daher Verweisung des Antrages in den HFA, sofern der Tagesordnungs-Antrag von Frau Jacobs-Emeis beschlossen wird. Dadurch könne der Antrag auch inhaltlich diskutiert werden.

Herr Sue führt aus, dass die Mitteilungsvorlage zu der Anfrage der Fraktion DIE LINKE im nichtöffentlichen Teil heute nicht behandelt werden müsse. Er hätte diese Vorlage auch lieber im öffentlichen Teil gesehen.

Herr Fölske begründet, dass der SPD Antrag in die Ratssitzung vorgezogen wurde, da in der nächsten Planungsausschusssitzung über Wedel Nord abgestimmt wird. Der nächste HFA ist erst nach dem Planungsausschuss. Daher soll der Antrag heute beraten werden.

Anschließend lässt der Stadtpräsident über die beiden Anträge zur Reduzierung der Tagesordnung abstimmen.

Der Rat lehnt den Antrag von Frau Jacobs-Emeis mit

16 Ja (6 x SPD, 7 x Bündnis 90 / Die Grünen, 3 x DIE LINKE)

17 Nein (10 x CDU, 4 x FDP, 2 x WSI, 1 x Fraktionslos)

1 Enthaltung (1 x Fraktionslos)

ab.

**Der Vorschlag von Herrn Schernikau inklusive des Ausschlusses der Öffentlichkeit für die Tagesordnungspunkte 3 und 4 wird mit**

**22 Ja** (10 x CDU, 4 x FDP, 3 x DIE LINKE, 2 x WSI, 1 x Grüne, 2 x Fraktionslos)

**6 Nein** (6 x SPD)

**6 Enthaltung** (6 x Bündnis 90 / Die Grünen)

**beschlossen.**

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil

- |   |                               |  |               |
|---|-------------------------------|--|---------------|
| 1 | Einwohnerfragestunde          |  |               |
| 2 | Aktualisierung Vorbehaltsnetz |  | BV/2020/062-1 |

### nichtöffentlicher Teil

- |   |  |  |             |
|---|--|--|-------------|
| 3 | Bebauungsplan Nr. 2a „Doppeleiche“, 1. vorhabenbezogene Änderung, Teilbereich Süd;<br>hier: Durchführungsvertrag |  | BV/2020/060 |
| 4 | Grundstücksangelegenheit Tinsdaler Weg   |  | BV/2020/073 |

### Öffentlicher Teil

- |   |                                  |
|---|----------------------------------|
| 5 | Unterrichtung der Öffentlichkeit |
|---|----------------------------------|

## Öffentlicher Teil

---

### 1 Einwohnerfragestunde

Drei Einwohner möchten Fragen an den Rat und die Verwaltung stellen.

1. Der erste Fragesteller ist Stefan Rychlak. Er ist Anwohner der Straße Rollberg. Er führt aus, dass der Rollberg ein Schulweg sei. Vor kurzem wurden dort verdeckte Verkehrsmessungen vorgenommen. Dabei wurde festgestellt, dass vor allem Busse und LKWs die Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h überschreiten. Es bestehe dringender Handlungsbedarf. Er fragt:
  - Warum hat die dortige Verkehrssituation bei der Bearbeitung des Vorbehaltsnetzes keine Beachtung gefunden?
  - In der Beschlussvorlage wird ausgeführt, dass der Busverkehr nicht eingeschränkt werden soll. Eine Reduzierung der Geschwindigkeit auf Tempo 30 würde nach seiner Rechnung für den Busverkehr lediglich 19 Sekunden Verzögerung auf der 400 m langen Strecke bedeuten. Wird dies für eine Beeinträchtigung des ÖPNV gehalten, die nicht verkräftbar ist?
  - Was ist konkret geplant, um die Verkehrslage am Rollberg anzugehen?
2. Der zweite Fragesteller Herr Wonneberger ist Elternvertreter an der Albert-Schweizer-Schule. Er fragt, warum die Stadt nur zögerlich handelt und die notwendige digitale Ausstattung trotz der massiven Einschränkungen durch Corona in das nächste Haushaltsjahr schiebt.

Herr Barop erläutert, dass das Thema bereits in dem Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport diskutiert wird. Die Politik und die Verwaltung seien sich bewusst über die vorherrschende Situation und seien nicht zögerlich. Zurzeit bestehe allerdings ein Bedarf von ca. 2 Mio. € + 1 Mio. € hinzukommende laufende Kosten, was in der derzeitigen Haushaltssituation nicht verfügbar ist. Die Debatte wird in dem Ausschuss geführt.

Herr Dr. Murphy sieht es auch in einer kritischen Haushaltssituation als Pflicht des Schulträgers an, für eine Gleichbehandlung der Schulen zu sorgen. Die Stadt sollte ihr Möglichstes tun und versuchen, Fördermittel von Bund und Land zu erhalten.

3. Herr Martens fragt, in welchem Ausschuss das Thema Corona angesiedelt werden soll.

Herr Schernikau erklärt, dass die Ausschüsse sich mit den Angelegenheiten beschäftigen, die in der Stadt entschieden werden und gestaltet werden können. Mit Corona könne lediglich umgegangen werden. Dies obliegt der Ordnungsverwaltung, also dem Bürgermeister als Behörde. Sollten mit der Frage von Herrn Martens konkrete Maßnahmen gemeint sein, dann empfiehlt Herr Schernikau, dass Herr Martens sich direkt mit dem Bürgermeister in Verbindung setzt.

Frau Jacobs-Emeis gibt den Hinweis, dass es in der nächsten Sitzung des HFA einen mündlichen Sachstandsbericht zur Corona-Situation geben wird.



---

**2 Aktualisierung Vorbehaltsnetz****BV/2020/062-1**

Herr Burmester als Vorsitzender des Planungsausschusses bringt diese Vorlage ein und verliest den Beschlussvorschlag. Der Planungsausschuss hat die Vorlage im Beschluss um einen dritten Punkt erweitert und bittet um Zustimmung.

Im Anschluss an die Sitzung hat der Seniorenbeirat per Email darum gebeten, dass im Rat angesprochen werden soll, dass in der Verwaltungsbegründung zur Bahnhofstraße aufgeführt werde, dass die Ausweisung einer Tempo 30 Zone zu einer rechts vor links Regelung führe und dies negative Auswirkungen auf den ÖPNV haben werde. Die Tempo 30 Zone war aber seitens des Ausschusses gar nicht angedacht, sondern die Aufstellung eines Tempo 30 Schildes, was nicht zwangsläufig zu einer Änderung der Vorfahrtregelung führe und dementsprechend die Buslinie nicht einschränke.

Herr Dr. Murphy führt aus, dass es grundsätzlich gut sei, wenn Tempo 30 Zonen eingeführt werden. Dennoch wird DIE LINKE diese Beschlussvorlage ablehnen. Die Prioritäten der Verwaltung zur Einführung der Tempo 30 Zonen werden nicht geteilt. Tempo 30 sollte die Regel sein und nicht die Ausnahme. Zur Bahnhofstraße berichtet Herr Murphy, dass die Menschen teilweise auf die Straße ausweichen, um zu anderen Personen 1,5m Abstand einzuhalten. Dies sei sehr gefährlich. Tempo 30 sollte zur Sicherheit der Menschen eingeführt werden. Er könne die Entscheidung der Verwaltung am Galgenberg in Höhe der Einmündung des Akazienweges nicht verstehen. Die Begründung, dass die Schule keinen direkten Zugang zu dieser Straße habe, sei realitätsfern und eine reine Schreibtischentscheidung. An der Ernst-Barlach-Schule sei trotz einer ähnlichen Situation eine 30er Zone eingeführt worden.

Die SPD wird aus ähnlichen Gründen wie DIE LINKE die Beschlussvorlage ablehnen. Es wurde eine Mobilitätsumfrage durchgeführt und eine Mobilitätsmanagerin eingestellt. Die Ergebnisse sollten zunächst abgewartet werden.

Herr Wuttke führt aus, dass die vorliegende Beschlussvorlage auf einem Antrag der Grünen aus dem Juni basiere, der durch einen CDU und SPD Antrag verbessert wurde. In diesem stand jedoch nicht, dass auf das Mobilitätskonzept gewartet werden sollte.

Die Grünen sind nicht zufrieden mit der Beschlussvorlage, aber sie denken, dass in kleinen Schritten bereits etwas erreicht werde. Daher werden sie zustimmen.

In der Vorlage werde ausschließlich von Tempo 30 Zonen gesprochen. Die Formulierung zum Steinberg sei falsch, da der Steinberg nicht zur Tempo 30 Zone ausgewiesen werde, sondern Bestandteil einer bestehenden Tempo 30 Zone wird.

Das Thema sei mit dem heutigen Beschluss nicht vom Tisch und werde weiterhin im Mobilitätskonzept behandelt.

Herr Schumacher weist darauf hin, dass nicht der Eindruck erweckt werden soll, als wären im Planungsausschuss Details des Vorbehaltsnetzes diskutiert worden. Die Verwaltungsauffassung wurde entgegengenommen, dass nur mit sehr viel Aufwand und sehr komplizierten Vorverfahren und Prüfungen an diesem Vorbehaltsnetz etwas zu ändern sei. Probleme mit den Buslinien könnten auch dadurch gelöst werden, wenn diese geändert werden.

Es sollte eine Gesamtlösung gefunden werden und die Erkenntnisse der Mobilitätsumfrage mit vielen Ergebnissen im Mobilitätskonzept weiterverfolgt werden.

Anschließend lässt Herr Schernikau über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt:

1.)

---

das als Anlage beigefügte aktualisierte Vorbehaltsnetz, das vorrangig der Abwicklung des innerstädtischen Kraftfahrzeugverkehrs und des ÖPNV dient und für die Einrichtung von Tempo 30-Zonen nicht in Frage kommt.

2.)

die Straße Steinberg, im Abschnitt zwischen Lüländen bis zur Voßhörntwiete, und die Hafenstraße im Abschnitt zwischen Mozartstraße bis zur Schulauer Straße als Tempo-30-Zone auszuweisen.

3.)

Das Thema Tempo 30 (Straßenzüge und Zonen) in Wedel soll grundsätzlich auch weiterhin im Rahmen des Mobilitätskonzeptes weiterverfolgt werden.

**Abstimmungsergebnis:**

22 Ja (10 x CDU, 7 x Bündnis 90 / Die Grünen, 4 x FDP, 1 x Fraktionslos)

11 Nein (5 x SPD, 3 x DIE LINKE, 2 x WSI, 1 x Fraktionslos)

1 Enthaltung (1 x SPD)

## Öffentlicher Teil

---

### 5 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und informiert über die im nichtöffentlichen Teil getroffenen Beschlüsse. Der Durchführungsvertrag zum B-Plan Nr. 2 a „Doppelwege“ wurde beschlossen und ein Grundstück im Tinsdaler Weg am Businesspark wird erworben.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 19:55 Uhr.

Vorsitz:

Gez. Schernikau  
Michael Schernikau

Protokollführung:

Gez. Viehmann  
Niklas Viehmann

